

## Runder Tisch und der Sturm auf die Stasi-Zentrale

In Anwesenheit von Ministerpräsident Hans Modrow (SED-PDS) wird am Zentralen Runden Tisch in Berlin über die Auflösung des „Amtes für Nationale Sicherheit“ (AfNS) diskutiert. Auf Initiative des „Neuen Forums“ sollte landesweit gegen die „Restaurationspolitik der SED-PDS und ihres Sicherheitsapparates“ protestiert werden. Die Kundgebung in Berlin führte zur Besetzung der Stasi-Zentrale in der Normannenstraße. Die verschiedenen Handlungsstränge in dieser revolutionären Phase werden nach neuesten Forschungen u.a. folgendermaßen beschrieben:

### *„15.1.1990 Bericht an den Runden Tisch*

Zu der Sitzung des Runden Tisches am 15. Januar 1990 war überraschend auch Ministerpräsident Modrow gekommen.<sup>133</sup> Das war von den Vertretern der Bürgerbewegung wiederholt und zunehmend ultimativ gefordert, von ihm jedoch immer abgelehnt worden, weil er fürchtete - so seine eigene Darstellung -, mit Nachgiebigkeit das „Ansehen der Regierung“ zu beschädigen.<sup>134</sup> Tatsächlich steckte dahinter die Frage, ob die Macht mit dem Runden Tisch geteilt werden sollte. Inzwischen war die Lage so zugespitzt, daß die Regierung ihrer aus eigenen Kräften nicht mehr Herr wurde. Deshalb kam Modrow nun, akzeptierte damit faktisch eine Kontrollfunktion des Gremiums gegenüber der Regierung und bat darum, „daß die Regierung mit Ihrer Unterstützung handlungsfähig bleibt“<sup>135</sup>. Zu seinen weiteren Zugeständnissen gehörte, neben dem Angebot, daß Vertreter des Runden Tisches in die Regierung aufgenommen werden könnten, auch die Bitte „um Ihre Mitarbeit bei der zivilen Kontrolle der Auflösung“ des AfNS. Sein kurzer Auftritt wurde positiv aufgenommen. Korrespondentenberichte sprachen von einer „entspannten Atmosphäre“.<sup>136</sup> Den Bericht zur Staatssicherheit erstattete diesmal Manfred Sauer, stellvertretender Leiter des Sekretariats des Ministerrates. Es war das erste Mal, daß in der Öffentlichkeit relativ umfassend über den Personalbestand und die Ausstattung des MfS berichtet wurde.<sup>137</sup> Schon die Mitteilung, daß die Staatssicherheit 85.000 hauptamtliche und 109.000 inoffizielle Mitarbeiter gehabt hatte,<sup>138</sup> übertraf bisherige Befürchtungen - obwohl die erste Zahl durch den ehemaligen

<sup>133</sup> Vgl. „Oppositionsparteien über Modrow empört. Ministerpräsident verschiebt Erscheinen am Runden Tisch“, in: Süddeutsche Zeitung 15.1.1990; „Modrow überraschend am runden Tisch“, in: Neue Zürcher Zeitung 17.1.1990.

<sup>134</sup> Vgl. Modrow: Aufbruch und Ende (1991), S. 72 f.

<sup>135</sup> Erklärung des Vorsitzenden des Ministerrates vor den Teilnehmern am Runden Tisch am 15.1.1990; dokumentiert in: Herles u. Rose: Vom Runden Tisch (1990), S. 54-58.

<sup>136</sup> „Modrow überraschend am runden Tisch“, in: Neue Zürcher Zeitung 17.1.1990; ebenso Jochen-Peter Winters, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 16.1.1990, und Otto Jörg Weis, in: Stuttgarter Zeitung 16.1.1990.

<sup>137</sup> Der Bericht wurde seinerzeit in verschiedenen Zeitungen dokumentiert; Nachdruck in: Fricke: MfS intern (1991), S. 188-195. Inhaltlich damit weitgehend übereinstimmend, aber mit erheblichen Differenzen in der Darstellung: „Zwischenbericht des Regierungsbeauftragten zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit vor dem Runden Tisch am 15. Januar 1990“, der am 13.1.1990 dem Ministerrat vorgelegt wurde; BA Berlin, C-20 1/3-2892.

<sup>138</sup> Die Zahl der Hauptamtlichen stammt vom 30.11.1989. In ihr sind nicht enthalten: 2.232 OibE, 2.118 HIM (hauptamtliche Inoffizielle Mitarbeiter) und ca. 1.000 MfS-Mitarbeiter, die in den Wochen zuvor ausgeschieden waren. Vgl. Gieseke: Die hauptamtlichen Mitarbeiter (1995), S. 88-90, der die Zahlen vom 30.10.1989 referiert. Die Zahl für den IM-Bestand auf Basis von Angaben für 1988 enthält - entsprechend den Kategorien der MfS-Statistik - nicht die Zahl der Inhaber „konspirativer Wohnungen“ (IMK) und der „Gesellschaftlichen Mitarbeiter Sicherheit“ (GMS); vgl. Müller-Enbergs: IM-Statistik 1985-1989 (1993), S. 17.

Regierungsbeauftragten bereits bekanntgegeben worden war. Die Auflistung der Bewaffnung dieses Apparates, von 124.593 Pistolen bis zu 3.735 Panzerbüchsen, illustrierte, daß es sich um eine geheime Bürgerkriegsarmee gehandelt hatte - sie wird manchem an den Besetzungen im Dezember 1989 Beteiligten noch nachträglich Schrecken eingejagt haben. Nur ganz kurz ging Sauer auf die Arbeitsmethoden des MfS ein, aber er lieferte doch wichtige Stichworte für die weitere öffentliche Auseinandersetzung. Das MfS habe versucht, "den wachsenden Einfluß .Andersdenkender' zurückzudrängen", und "seit 1985 eine totale .flächendeckende' Überwachungsarbeit angestrebt".<sup>139</sup> Angesichts dieser und anderer Fakten war es beunruhigend, daß noch immer 32.500 Mitarbeiter im Dienst waren, wengleich 20.000 von ihnen "in kürzester Zeit" entlassen werden sollten.

Die Reaktion auf diesen Bericht, der einige Grunddaten dargestellt, aber Strukturen und Arbeitsmethoden der Staatssicherheit nicht beleuchtet hatte, war unterschiedlich. Doch auch wenn Reinhard Schult (Neues Forum), der zu drastischen Formulierungen neigte, mit den Worten zitiert wird, er habe ihn "halbseiden" genannt und von "Albernheiten" gesprochen, hat die allgemeine Stimmung doch eher Markus Meckel (SPD) zum Ausdruck gebracht, der ihn als "recht überzeugend" bezeichnete.<sup>140</sup> Diese Differenzen konnten nicht ausdiskutiert werden, weil die Sitzung wegen einer Meldung aus der Normannenstraße unterbrochen werden mußte.

## Der Sturm auf die Stasi-Zentrale

Das Neue Forum Berlin hatte am 10. Januar 1990 - zu einem Zeitpunkt, an dem Modrow noch an der Fortführung von Teilen der Staatssicherheit festhielt, und unter dem Eindruck des Eklats bei der vorangegangenen Sitzung des Runden Tisches - für Montag, den 15. Januar, zu einer "Aktionskundgebung vor dem Stasi-Gebäude Ruschestraße" aufgerufen. Parolen waren:

"Sofortige Schließung aller Stasi-Einrichtungen", "Hausverbot für alle Stasi-Mitarbeiter" und "Keine Bildung von neuen Geheimdiensten". Die Teilnehmer an der Kundgebung wurden aufgefordert, "Farbe und Spraydosen" mitzubringen, aber auch "Kalk und Mauersteine".<sup>141</sup> Die Eingänge sollten symbolisch vermauert werden, so wie das zum Beispiel in Erfurt bereits im Dezember geschehen war.

Über den unfriedlichen Ablauf dieser Demonstration, die in der Besetzung und Stilllegung der Stasi-Zentrale mündete, ist viel spekuliert worden. Mehrere Fragen bewegten die Gemüter: Wie kam es - das ist die entscheidende Frage - am späten Nachmittag des 15. Januar 1990 zur Öffnung des Eingangstors? Wurden die eindringenden Demonstranten bewußt in den politisch unbedeutenden Versorgungstrakt dirigiert? Wer zerstörte Türen, Mobiliar und Akten und entleerte Feuerlöschgeräte? Steckte hinter all dem eine geschickte Provokation der Stasi, die die Bürgerbewegung zu diskreditieren suchte?<sup>142</sup>

<sup>139</sup> Sauer bezog sich dabei auf die Dienstanweisung 2/85 vom 20.2.1985 "zur vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit"; BStU ZA, DSt 103138; Nachdruck in: Fricke: MfS intern (1991), S. 146-163.

<sup>140</sup> Zitiert nach Neues Deutschland 17.1.1990; vgl. zur Stimmung am Runden Tisch Jochen-Peter Winters: "Demonstranten stürmen die ehemalige Stasi-Zentrale in Ost-Berlin", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 16.1.1990, und Joachim Nawrocki: "Unruhe wird zu Zorn", in: Die Zeit 19.1.1990.

<sup>141</sup> Flugblatt des Neuen Forums "Mit *Fantasie* gegen Stasi und Nazi"; BA Berlin, DC 20 11350.

<sup>142</sup> Noch im Jahre 1998 schrieb eine Berliner Zeitung anlässlich des 9. Jahrestages: "Inwieweit die Erstürmung inszeniert war, ist heute immer noch nicht klar." "Der Sturm auf die Stasi-Zentrale", in: Berliner Zeitung

Die meisten zu diesem Ereignis vorliegenden Schilderungen und Analysen gehen - mit Ausnahmen, auf die zurückzukommen sein wird - von einem bipolaren Akteursmodell aus: In dem Gebäudekomplex hätten sich Stasi-Offiziere, verstärkt durch Volkspolizisten, befunden, davor etwa 50.000 Demonstranten, die dem Aufruf des Neuen Forums gefolgt waren.<sup>143</sup> Zwischen ihnen befand sich das Eingangstor an der Ruschestraße. Wer einmal davor gestanden hat, weiß, daß sich selbst ein Panzer an der schweren Stahlschiebetür Beulen geholt hätte. Für unbewaffnete Demonstranten war es unmöglich, das Tor "gewaltsam" zu öffnen - wie das Ministerium für Innere Angelegenheiten am folgenden Tag in einer ersten Einschätzung (die zur Legendenbildung beitrug) behauptete.<sup>144</sup> So blieb damals schon die Frage unbeantwortet, die die "Neue Zürcher Zeitung" in einem Korrespondentenbericht aus Ostberlin stellte: "[...] wer die Tore zum Gebäude geöffnet habe, [...] und hartnäckig hielt sich die Meinung, hier seien Provokateure des Dienstes am Werk gewesen, dem die Protestkundgebung galt".<sup>145</sup> Solange von nur zwei Akteursgruppen ausgegangen wird, ist diese Interpretation zwingend. Diese Prämisse ist jedoch falsch.

Die Bürgerrechtsbewegung war damals kein einheitlich handelnder Akteur, nicht nur wegen der Ausdifferenzierung unterschiedlicher politischer Richtungen, sondern auch wegen eines wachsenden Gegensatzes zwischen "Berlin" und den Bezirken. Die regionalen Bürgerkomitees zur Auflösung der Staatssicherheit hatten Anfang Januar bei dem ersten gemeinsamen Treffen in Leipzig bereits radikalere Töne angeschlagen. Bei einer erneuten Sitzung in Dresden war Unmut darüber laut geworden, daß die Stasi-Zentrale noch immer ungestört weiterarbeiten könne. Man hatte sich deshalb für das nächste Mal in Ostberlin verabredet, offenbar weil man den "Berlinern" etwas Beine machen wollte. Die planten erst für den 17. Januar eine "Objektbegehung", gemeinsam mit Staatsanwaltschaft und Volkspolizei.<sup>146</sup> Das Treffen der regionalen Bürgerkomitees fand am 14. Januar in der ehemaligen Ostberliner Bezirks Verwaltung für Staatssicherheit statt. Anwesend waren Komiteevertreter aus allen Bezirken, einschließlich des für diese Bezirksverwaltung zuständigen Komitees.<sup>147</sup> In einer "Stellungnahme", die am nächsten Tag dem zentralen Runden Tisch unterbreitet werden sollte, wurde erklärt:

"Das Anliegen der B K [Bürgerkomitees] der Bezirke ist, per 15.1. die in den Bezirken bewährte Methode zur Auflösung des MfS Normannenstraße mit einzubringen und damit die Sicherstellung des Zentralen Amtes zu beginnen sowie [die] bisher nicht vorhandene Kontrolle auf das Zentrale Amt zu übertragen, *unabhängig [von] der vom Neuen Forum für 17 Uhr aufgerufenen Demonstration* vorm Objekt Normannenstraße. Zwischen VP [Volkspolizei] und NF [Neuem Forum] ist vereinbart, die personelle Räumung des Objektes bis 15 Uhr sowie die technische Sicherstellung des Objektes zu übernehmen"<sup>148</sup>

Die außerhalb Berlins "bewährte Methode" war die Besetzung, die Versiegelung von Räumen und Stahlschränken in Kooperation mit der Staatsanwaltschaft und die Sicherung der Gebäude

---

15.1.1998.

<sup>143</sup> Vgl. Fricke: MfS intern (1991), S. 73; Thaysen: Der Runde Tisch (1990), S. 66-70; Worst: Das Ende eines Geheimdienstes (1991), S. 32-38.

<sup>144</sup> Ministerium des Innern: "Information vom 16.01.1990. Betreff: Gewaltsame Besetzung der Zentrale des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit in Berlin-Lichtenberg", Vermerk: "Persönlich"; BA Berlin, DC 20 11350.

<sup>145</sup> "Ruhe nach dem Sturm auf die Stasi-Zentrale", in: Neue Zürcher Zeitung 18.1.1990.

<sup>146</sup> Vgl. "Protokoll. 2. Koordinierungstreffen der Bürgerkomitees der Bezirke zur Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit", Dresden 12.1.1990; Privataarchiv David Gill.

<sup>147</sup> Vgl. Gill u. Schröter: Das Ministerium für Staatssicherheit (1991), S. 185.

<sup>148</sup> Hv. - W.S. - "Protokoll. Erweitertes Koordinierungstreffen der Bezirkskomitees der Bezirke zur Auflösung des ehemaligen MfS Normannenstraße Berlin", Berlin 14.1.1990; Privataarchiv David Gill.

in "Sicherheitspartnerschaft" mit der Polizei. Daß dies "unabhängig" von der geplanten Aktion des Neuen Forums erfolgen sollte, die ja außerhalb des Gebäudekomplexes geplant war, bedeutete ein demonstratives, wohl auch belehrend gemeintes Vorpreschen der Bezirkskomitees.<sup>149</sup> Allerdings sollte eine Gruppe am Morgen des nächsten Tages noch die Vertreter der Bürgerrechtsgruppen am zentralen Runden Tisch in Berlin-Niederschönhausen informieren und zur Teilnahme auffordern. Dort jedoch stieß die Initiative der regionalen Komitees, eigenmächtig sofort zur Tat zu schreiten, auf Ablehnung.<sup>150</sup> Man plante ja bereits eine eigene "Begehung"<sup>151</sup> und hatte zudem eben erst durch das Auftreten Modrows und den Bericht von Manfred Sauer den Eindruck gewonnen, daß auf zentraler Ebene nun Kooperation bei der Auflösung möglich sei.

Die Vertreter der Bezirkskomitees hatten sich freilich nicht von der Reaktion ihrer Berliner Mitstreiter abhängig gemacht. Ihrem eigenen Zeitplan zufolge sollte eine weitere Gruppe um 11.00 Uhr in der Normannenstraße vorsprechen und über die "personelle Räumung des Objektes" verhandeln.<sup>152</sup> Tatsächlich traf sie erst gegen 14.00 Uhr ein, wobei nun auch Mitglieder der Arbeitsgruppe "Sicherheit" des zentralen Runden Tisches zugegen waren.<sup>153</sup>

In der Zentrale des AfNS war man auf entsprechende Forderungen schon seit einigen Tagen vorbereitet. Am 11. Januar hatte man von der geplanten Demonstration erfahren,<sup>154</sup> und bei der Dienstbesprechung am folgenden Tag, auf der vor allem die nun unabwendbare Auflösung beredet worden war, hatte man auch dazu erste Absprachen getroffen.<sup>155</sup> Man rechnete noch sehr vage - mit einer Teilnehmerzahl zwischen 10.000 und 150.000.

Von den Organisatoren sei Gewaltlosigkeit zugesichert, aber sie könne nicht garantiert werden.<sup>156</sup> Was bereits am 4. November 1989 befürchtet worden war, schien nun ernst zu werden: Es wurde mit einer Besetzung gerechnet. Kaderchef Möller notierte: Bestimmte Räume seien "aus Gründen des Quellenschutzes zu versiegeln", in den Dienststeinheiten sollten

---

<sup>149</sup> Auf diesen Konflikt, der der Schlüssel zum Verständnis der Ereignisse ist, hat erstmals der inzwischen verstorbene Berlin-Korrespondent der Süddeutschen Zeitung, Albrecht Hinze, hingewiesen: "Vor dem großen Sturm eine geordnete Übergabe", in: Süddeutsche Zeitung 14./15.1.1995.

<sup>150</sup> Vgl. Süddeutsche Zeitung 14./15.1.1995. - In etwas herablassender Umschreibung, die für die damalige Atmosphäre zwischen Berlin und den Regionen typisch sein dürfte, wurde das bereits von Gill und Schröter erwähnt: Vertreter der Bezirkskomitees hätten "am Runden Tisch ihr Anliegen erläutert"; Gill u. Schröter: Das Ministerium für Staatssicherheit (1991), S. 185.

<sup>151</sup> Später wurde in einer Chronik der Bürgerkomitees zu den Ereignissen notiert: "Am Mittwoch, 17.1., stand als Ziel des Runden Tisches eine Objektbegehung mit Regierungsvertretern bzw. VPI-Angehörigen [Volkspolizeiinspektion]. Diese Begehung erfolgte nicht. Ein Rundgang durchs Objekt mit Vertretern der Medien wurde durch Modrow gewährleistet." "Ablaufdokumentation der Auflösung des MfS, Objekt Normannenstraße ab 15.1. bis 22.1.1990" vom 22.1.1990; Privatarhiv David Gill.

<sup>152</sup> "Protokoll. Erweitertes Koordinierungstreffen der Bezirkskomitees der Bezirke zur Auflösung des ehemaligen MfS Normannenstraße Berlin" vom 14.1.1990; Privatarhiv David Gill.

<sup>153</sup> "Ablaufdokumentation" vom 22.1.1990. - Die Anwesenheit von Vertretern der Bezirkskomitees ist verschiedentlich erwähnt worden, jedoch ohne wahrzunehmen, daß auf Seiten der Bürgerbewegung zwei voneinander unabhängige Akteure involviert waren. So schrieb Karl-Heinz Baum, der Korrespondent der Frankfurter Rundschau: "Das ‚Objekt‘ war am Mittag von offiziellen Vertretern einem Bürgerkomitee übergeben worden." Er zog aus dieser Beobachtung aber keine Schlüsse für die Dynamik der ganzen Aktion. Vgl. "Die Bastille des Überwachungsstaates", in: Frankfurter Rundschau 17.1.1990; ebenso Jochen-Peter Winters: "Demonstranten stürmen die ehemalige Stasi-Zentrale in Ost-Berlin", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 16.1.1990. Ebenso auf Basis eines Berichts von "Spiegel TV" (in: VOX 12.1.1996) Richter: Staatssicherheit (1996), S. 160 f.

<sup>154</sup> Vgl. Rapport des Offiziers vom Dienst vom 11.1.1990, 08.15 Uhr; BStU, ZA, BdL 532, Bl. 2 f.

<sup>155</sup> Vgl. Notizen von Kaderchef Möller zum 12.1.1990; BStU, ZA, HA KuSch Ltg" Bündel 25 (unerschlossenes Material); Arbeitsbuch von Rolf Scheffel; BStU, ZA, SED-KL 652, Bl. 1421 f.; Arbeitsbuch Oberst Spange; BStU, ZA, HA VII 1360, Bl. 104 f.

<sup>156</sup> "Nicht ausgeschlossen werden kann - trotz ausdrücklicher Bekundung der Gewaltlosigkeit - das gewaltsame Eindringen in das Dienstobjekt." "Aufruf zur Demonstration am 15.1.1990, 17.00 Uhr vor dem Dienstobjekt Ruschestraße", o. D., handschriftl. Vermerk: "vom Gen. Niebling"; BStU, ZA, Mittag 89, Bl. 17-19.

außer Wach- und Sicherungskräften und den Operativen Diensthabenden nur "Ansprechgruppen", bestehend aus "2-4 befähigten Angehörigen", verbleiben, um "im Fall von Objektbegehungen sachkundig Auskunft zu geben". Alle anderen Mitarbeiter würden angewiesen, den Gebäudekomplex bis zum Mittag zu verlassen.<sup>157</sup> Einer der Anwesenden schrieb in sein Arbeitsbuch an den Rand: "kooperativ, kontaktfreudig Auskunft über DE [Diensteinheit] geben. Es gibt nunmehr keine Tabus mehr bis auf den Quellenschutz (daß es Quelle[n] gab, weiß jeder)".<sup>158</sup>

Als das Häuflein von Vertretern der Bezirkskomitees an jenem Mittag dann am Einlaß klingelte, wurden sie nicht etwa abgewiesen, sondern sofort eingelassen. Zugegen waren schon die Volkspolizei und die Militärstaatsanwaltschaft,<sup>159</sup> die heikle Räume bereits zuvor versiegelt hatte.<sup>160</sup> Es schien die Chance zu einer gar nicht bedrohlichen, sehr geordneten Übergabe gegeben. Das ganze Verfahren war bereits einmal durchgespielt worden: in Leipzig am 4. Dezember, wo die Montagsdemonstration die "Runde Ecke" erst erreicht hatte, als sich bereits Vertreter des Bürgerkomitees im Innern des Gebäudes befanden.<sup>161</sup> Dort hatte die Kommunikation zwischen Bürgerrechtsvertretern im Innern und Demonstranten und deren Ordnern außen freilich geklappt (obwohl auch das die anschließende Besetzung nicht verhindert hatte), während sie in Berlin-Lichtenberg gestört war. Daß sich daran auch anschließend nichts änderte, ist einem Papier abzulesen, daß das Neue Forum am 18. Januar dem Runden Tisch vorlegte, unterzeichnet unter anderem von Reinhard Schult (Neues Forum), der bereits am Tag des Geschehens einem Journalisten gegenüber die Vermutung geäußert hatte, die Öffnung der Tore sei "ein Stück Provokation von der Stasi"<sup>162</sup> gewesen. In der "Erklärung" wurde festgestellt: Die Schlüssel hätten die "Wachmannschaften des ehemaligen MfS" gehabt, "zu klären bleibt, wie die Tore geöffnet wurden".<sup>163</sup> Das hätte sich inzwischen klären lassen.

Tatsächlich war gegen 17.00 Uhr der Druck auf das Tor durch die nachrückenden Demonstranten so heftig geworden, daß Bürgervereiter im Innern des Gebäudes fürchteten, es würden in der drangvollen Enge Menschen zu Schaden kommen. Deshalb hatte der katholische Geistliche Martin Montag, der zuvor als Vertreter des Bürgerkomitees Suhle mitverhandelt hatte, einem Polizisten die Anweisung gegeben, das Tor zu öffnen. Seine Begründung: "Wir wollten keine Gewalt, schon gar keine Toten."<sup>164</sup> Die Öffnung des Tors in der Ruschestraße und bald darauf auch in der Normannenstraße traf die etwa siebzig Ordner, die das Neue Forum vor dem Gebäudekomplex postiert hatte, völlig unvorbereitet. So strömten Tausende in das Innere der einst so mächtigen Stasi-Zentrale.

Es sind dort noch einige merkwürdige Dinge geschehen, die als Beleg dafür zitiert werden, daß das Ganze ein abgekartetes Spiel "der Staatssicherheit" war.<sup>165</sup> Es ist durchaus möglich,

---

<sup>157</sup> Vgl. Notizen von Kaderchef Möller; sinngemäß gleich Arbeitsbuch von Rolf Scheffel, Bl. 1421 f.

<sup>158</sup> Arbeitsbuch Oberst Spange, Bl. 104.

<sup>159</sup> Vgl. Ministerium des Innern: "Information vom 16.01.1990"; BA Berlin, DC 20 11350.

<sup>160</sup> Auf der Dienstbesprechung am 12.1.1990 war angekündigt worden: "Räume, wo erforderlich, durch Staatsanwalt versiegeln lassen." Arbeitsbuch von Rolf Scheffel; BStU, ZA, SED-KL 652, Bl. 1421.

<sup>161</sup> Vgl. Bürgerkomitee Leipzig (Hrsg.): STASI intern (1991), S. 21-51.

<sup>162</sup> Zitiert nach Detlev Albers: "Um zehn nach fünf wurden von innen die Tore geöffnet", in: Die Welt 17.1.1990.

<sup>163</sup> "Erklärung des Neuen Forum-Berlin zur Demonstration am 15.1.1990" vom 18.1.1990, unterzeichnet von Ingrid Koppe, Reinhard Schult u. Sebastian Pflugbeil; Privatarchiv d. Verf. Nachdruck ohne Unterzeichner in: Herles u. Rose: Vom Runden Tisch (1990), S. 60 f.

<sup>164</sup> Zitiert nach "Vor dem großen Sturm eine geordnete Übergabe", in: Süddeutsche Zeitung 14./15.1.1995. Hannelore Köhler, ab dem 16.1.1990 Sprecherin des Berliner Bürgerkomitees, berichtet, daß verschiedene Vertreter der regionalen Bürgerkomitees diese Darstellung der Rolle Martin Montags bestätigen; Gespräch mit d. Verf. am 7.1.1997.

<sup>165</sup> Vgl. Worst: Das Ende (1991), S. 34-36.

daß einzelne Stasi-Angehörige Mobiliar demolierten, sei es, um die Bürgerbewegung in Mißkredit zu bringen oder um ein letztes Mal die scheinbare Notwendigkeit eines Staatssicherheitsdienstes unter Beweis zu stellen, oder auch aus purer Frustration. Doch dagegen, daß es sich dabei um ein Element in einer überlegten Taktik der AfNS-Spitze gehandelt hat, sprechen die - zugestanden eher spärlichen - Quellen und der Ablauf der Ereignisse, und schließlich spricht die damalige politische Orientierung dieser Führung dagegen: alles zu vermeiden, was eine weitere Eskalation auslösen könnte.

Der 13. Januar markiert das staatsrechtliche Ende der Institution Staatssicherheit. Die Aktion der Bürgerrechtler aus allen Teilen der DDR und vieler empörter Berliner vom 15. Januar läutete ihr politisches Finale ein. Erhebliche Teile dieser Organisation aber bestanden fort, und es dauerte noch einige Monate, bis sie von der Bildfläche verschwunden waren: alle Mitarbeiter entlassen, die Immobilien und das bewegliche Eigentum anderen Trägern übereignet waren. Dabei sind manche krummen Dinge geschehen: Gelder wurden auf die Seite gebracht, konspirative Objekte privatisiert und Spuren verwischt.<sup>166</sup> Das waren Absetzmanöver, in denen sich einzelne Mitarbeiter oder auch ganze Gruppen aus der Erbmasse des Unterdrückungsapparates eine neue materielle Existenz aufzubauen suchten. Gerade das ist ein Beleg dafür, daß die Institution Staatssicherheit als normatives Muster der Verhaltenssteuerung an ihr Ende gelangt war. Aus "tschekistischer Sicht" hätte es sich bei einem solchen Verhalten um "kleinbürgerliche" und kriminelle Verfallserscheinungen gehandelt, die streng geahndet worden wären. Aus soziologischer Perspektive ist es ein deutliches Zeichen dafür, daß es keine verinnerlichten Rollenerwartungen mehr gab, gegen die zu verstoßen Sanktionen nach sich gezogen hätte. Eine Institution, deren Mitglieder ihr dingliches Vermögen individuell an sich raffen, ohne daß das bestraft würde, ist erledigt.

Diejenigen ausscheidenden Mitarbeiter, die sich in langen Reihen stundenlang in der Hauptabteilung Kader und Schulung anstellten, um ihre Entlassungspapiere abzuholen, haben dagegen die Existenz dieser Institution ein letztes Mal bestätigt. Sie hatten einen Befehl erhalten, und sie führten ihn aus. Ebenso natürlich diejenigen, die diese Papiere ausfertigten. Das Organisationsziel des "AfNS in Auflösung" (so die neue Bezeichnung) aber hatte sich radikal verändert. Mit der martialischen Sinnggebung eines "Schildes und Schwerts" der Partei hatte das nichts mehr zu tun. Die Staatssicherheit war mutiert zu einer bürokratischen Abwicklungsmaschinerie. Selbstverständlich haben sich die Menschen, die in diesem Apparat gearbeitet haben, nicht von Stund' an verändert. Sie waren ernüchert, desillusioniert, und viele waren verbittert. Sie werden das Ziel ihrer Tätigkeit allenfalls widerwillig akzeptiert und sich mit ihrer neuen, zudem zeitlich befristeten Rolle kaum identifiziert haben. Manche werden versucht haben, ihr eigenen Sinn zu verleihen, indem sie die Gelegenheit nutzten, auch jetzt noch Spuren zu verwischen.“

Quelle: Walter Süß: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern, Berlin 1999, S. 722 ff.

---

<sup>166</sup> Von MfS-Konten wurden in der Zeit zwischen Oktober 1989 und März 1990 schätzungsweise 700 bis 800 Millionen Mark der DDR abgehoben. (Vgl. Aussage des Abteilungsleiters in der Bundesanstalt für vereinigungsbedingtes Sondervermögen, Rath; referiert nach: Deutscher Bundestag - Untersuchungsausschuß DDR-Vermögen [1998], Bd. I: Textband, S. 175.) Es handelte sich dabei aber nicht um Schwarze Kassen oder Operativgelder, sondern um die aufgelösten Sparkonten der ehemaligen Mitarbeiter und Übergangsgelder in beträchtlicher Höhe. Letztere haben, um nur ein Beispiel zu nennen, in Karl-Marx-Stadt fast 19 Millionen Mark oder durchschnittlich 5.000 M je hauptamtlichen Mitarbeiter ausgemacht; vgl. Regierungsbeauftragter Karl-Marx-Stadt: "Bericht über den Stand der Auflösung des Bezirksamtes für Nationale Sicherheit vor dem Runden Tisch Karl-Marx-Stadt am 15.2.1990", 19 S., hier. S. 14; BA Berlin, DC 20 11351.

In einem anderen Dokumentenband über die Zeit der deutschen Wiedervereinigung wird auf einen Artikel im Neuen Deutschland hingewiesen, der die dramatischen Ereignisse der Erstürmung der Stasi-Zentrale plastisch beschreibt:

### **„21. Dokument: Der Sturm der Stasi-Zentrale vom 15. Januar 1990**

Die trotz Versprechungen kaum erfolgende Auflösung der Stasi, die mit ca. 90 000 offiziellen und 200 000 informellen Mitarbeitern im rechtsfreien Raum fast allmächtig war, erregte so sehr den Zorn der Bevölkerung, daß diese in Berlin und anderen Bezirksstädten die Zentralen stürmte und dieses wichtige Machtmittel der PDS-Regierung zu neutralisieren versuchte. (Quelle: *Neues Deutschland*, 16. Januar 1990)

*Erst gestürmt, dann verwüstet*

Aufrufe zur Besonnenheit gingen unter / Hans Modrow appellierte an Vernunft  
Von unseren Berichterstattem Klaus Morgenstern und Wolfgang Richter

Berlin. Um 17 Uhr kletterten die ersten Demonstranten über die Tore. Unter dem Druck der Massen öffneten die Volkspolizisten die stählernen Eingangstore zum Hauptsitz des ehemaligen Amtes für Nationale Sicherheit in Berlin. Zehntausende stürmten durch die Eingänge in der Rusche- und Normannenstraße. Auf Transparenten und in Sprechchören gaben sie ihrer Empörung zu der zögerlichen Auflösung des Sicherheitsdienstes in Berlin Ausdruck und skandierten »Stasi in den Tagebau«, »Stasi raus“, »Für die Stasi kein Pardon, sonst kracht's im Karton«.

Zu einer friedlichen »Demonstration gegen Stasi und Nasi« hatte bereits letzten Donnerstag bei der Demonstration vor der Volkskammer das Neue Forum aufgerufen. Aber im Verlauf der Montagsereignisse entglitt den Veranstaltern zunehmend die Kontrolle.

Die Spitze tobte auf das Haus 18 - ein Büro- und Versorgungstrakt - zu. Steine zertrümmerten die Glasfront des Eingangs. Damit war der Weg in das Gebäude frei. Jöhrend stürmte eine große Menge in das mehrgeschossige Haus. Papiere und Möbel flogen aus zerschlagenen Fenstern auf das Pflaster. Randalierer verwüsteten die Räume und plünderten in Büro- und Diensträumen, in der Kantine, in einem Buchladen und in der Theaterkasse, was nicht niet- und nagelfest war.

Aufforderungen zu Gewaltlosigkeit und Besonnenheit blieben lange Zeit ungehört. Ohne Wirkung zunächst auch die mahnenden Aufrufe von Mitgliedern eines Bürgerkomitees, das schon am Nachmittag in Sicherheitspartnerschaft mit der Volkspolizei und der Militärstaatsanwaltschaft begonnen hatte, Räume des großen Gebäudekomplexes zu sichern. Die Komiteemitglieder konnten sich auf Erfahrungen stützen, die sie bei der Auflösung von Ämtern in ihren Heimatbezirken bereits gesammelt hatten. Das Bürgerkomitee rief mehrfach auf, die Sicherheitspartnerschaft aufrechtzuerhalten. Bis zum Mittwoch wolle es das Objekt rund um die Uhr besetzt halten.

Im Haus 18 versuchten Organisatoren gemeinsam mit Demonstranten, denen die Zerstörungswut zu weit ging, für Ordnung zu sorgen. Eindringlich forderten sie immer wieder zum Verlassen des Gebäudes auf und kontrollierten Randalierer. Sie nahmen ihnen versteckt mitgeführtes Inventar wie Bücher, Disketten, Telefone, Uniformstücke, Unterlagen ab. Die so besonnen Handelnden mußten sich Beschimpfungen gefallen lassen. Zum Beispiel: »Seid ihr die neue Stasi?« oder »40 Jahre haben die uns verfolgt, jetzt können wir hier auch alles

zerkloppen«. Andere hatten mit Ölfarbe und Spraydosen die Wände beschmiert. Losungen auch an den Außenwänden und Fenstern. Da stand nebeneinander am Haus 21: »Wir brauchen keinen Mann im Ohr« und »Der VEB Steremat benötigt dringend Dreher, Telefon 27 14/221«. Im Innenhof und vor den beiden Eingängen waren symbolisch Mauern errichtet worden.“

Quelle: Volker Gransow und Konrad H. Jarausch (Hrsg.): Die deutsche Vereinigung. Dokumente zu Bürgerbewegung, Annäherung und Beitritt, Köln 1991 (Reihe: Bibliothek Wissenschaft und Politik Bd. 47), S. 119